

Niederschrift

über die Sitzung des Bau- und Umweltausschusses am 13.03.2019

Anwesend waren: Erster Bürgermeister Fath
Stadtrat Ferber
Stadtrat Gernhart
Stadtrat Hofmann
Stadtrat Turan
Stadtrat Scherf
Stadtrat Siebentritt
VR A. Englert als Protokollführer

Die Sitzung war öffentlich von TOP 1-8, nichtöffentlich ab TOP 9 und dauerte von 19.00 Uhr bis 20.30 Uhr. Soweit nicht anders vermerkt, wurden die Beschlüsse einstimmig gefasst.

1. Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Bau- und Umweltausschusses am 13.02.2019

Der Bau- und Umweltausschuß beschloss, die Niederschrift über die Sitzung vom 13.02.2019 zu genehmigen.

2. Bauanträge

2.1 Alexander Michel, Erlenbach - Errichtung einer Einfriedung, Landstraße 2b

Herr Michel möchte sein Grundstück zur Lindengasse hin mit einem 1,75 m hohen Doppelstabzaun mit eingeflochtenen Sichtschutzelementen einfrieden. Nach den Festsetzungen des Bebauungsplanes ist nur eine Höhe von 1,25 m zulässig.

Nachdem wesentliche Darstellungen noch nicht vorlagen, beschloß der Bau- und Umweltausschuß, die Beratung des Antrags zurückzustellen.

2.2 Jürgen Fliedner, Mainstraße 25 - Antrag auf denkmalschutzrechtliche Erlaubnis für Sanierungsmaßnahmen

Herr Fliedner hat für folgende Maßnahmen an seinem Wohnhaus in der Mainstraße eine denkmalschutzrechtliche Erlaubnis beantragt:

- Erneuerung der Dacheindeckung mit naturroten Tonziegeln
- Erneuerung des Außenputzes (mineralisch) in Grautönen
- Erneuerung verschiedener Fenster durch dunkle Kunststoffenster
- Erneuerung der Haustür durch eine Aluminiumkonstruktion

Die Erneuerung der Dacheindeckung und des Außenputzes sind aus Sicht der Verwaltung unkritisch. Nach § 7 Abs. 8 der Bau- und Gestaltungssatzung für den Stadtteil Alt-Wörth sind Kunststoffenster unzulässig. Angesichts der Tatsache, daß in dem Gebäude bereits Kunststoffenster vorhanden sind, die auch erhalten bleiben sollen und des Umstands, daß sich das Erscheinungsbild von Kunststoffestern seit Erlass der o.g. Satzung im Jahr 1994 erheblich gewandelt hat, kann aus Sicht der Verwaltung über eine Befreiung durchaus nachgedacht werden. Für die neue Haustür wurde noch kein Gestaltungsvorschlag vorgelegt.

Der Bau- und Umweltausschuß beschloß, dem Vorhaben zuzustimmen. Die Befreiung von den Regelungen der Bau- und Gestaltungssatzung wird befürwortet.

Die Verwaltung wurde ermächtigt, die Beurteilung der Haustür eigenständig durchzuführen.

2.3 Anil Cesmebasi, Odenwaldstraße 22 - Anfrage zur Erweiterung des Wohnhauses

Herr Cesmebasi möchte sein Wohnhaus verlängern und auf zwei Vollgeschosse mit ausgebautem Dachgeschoß erweitern. Insgesamt sollen dann drei Wohnungen (davon eine mit weniger als 50 m²) genutzt werden. Im Hof können nach summarischer Prüfung durch die Verwaltung 5 Stellplätze nachgewiesen werden. Die Grundflächenzahl läge mit 0,36 auf dem 343 m² großen Grundstück in einem üblichen Rahmen.

Der Bau- und Umweltausschuß beschloß, das Einvernehmen zu einer Nutzung mit **zwei** Wohneinheiten in Aussicht zu stellen, da drei Wohneinheiten zu einer erheblichen Nachverdichtung und zu negativen Auswirkungen insbesondere hinsichtlich des öffentlichen Parkraums führen würden.

2.4 Nadja Bundschuh, Klingenberg - Errichtung einer Dachgaube und Erweiterung der Terrasse Presentstraße 15

Frau Bundschuh möchte an ihrem Geschäftsgebäude eine weitere Dachgaube errichten und eine bestehende Terrasse geringfügig erweitern. Das Vorhaben weicht in folgenden Punkten von den Festsetzungen des Bebauungsplanes „Presentstraße“ ab:

- Überschreitung der südöstlichen Baugrenze
- Überschreitung der Grundflächenzahl

Beide Abweichungen sind bereits durch das vorhandene Gebäude ausgelöst und auch baurechtlich genehmigt.

Der Bau- und Umweltausschuß stimmte dem Vorhaben zu. Die notwendigen Befreiungen werden befürwortet.

3. Anfrage zur Änderung der Stellplatzsatzung der Stadt

Im Zuge einer Planung für die Errichtung einer Kfz-Werkstatt im Industriegebiet „Weidenhecken“ ist die Frage der notwendigen Stellplätze für diese Nutzungsart aufgeworfen worden. Nach den Bestimmungen der städtischen Stellplatzsatzung sind je Wartungsstand sechs Stellplätze erforderlich. Die planende Firma hat drei Beschäftigte, aber vier Wartungsstände, sodaß sich ein Bedarf von 24 Stellplätzen ergibt. Auf dem Grundstück sind realistischere nur 20 Stellplätze zu verwirklichen. Es wurde deshalb angefragt, ob eine Änderung der Stellplatzsatzung auf einen Bedarf von fünf Stellplätzen je Wartungsstand in Betracht kommt.

Das LRA Miltenberg hat auf entsprechende Anfrage der Verwaltung erklärt, daß hiergegen keine grundsätzlichen Bedenken bestünden.

Der Bau- und Umweltausschuß empfiehlt, die Stellplatzsatzung wie angefragt zu ändern.

4. Glasfaseranbindung der Grund- und Mittelschule

Das LRA Miltenberg hat das Büro IKT mit einer Vorplanung zur Verbesserung der Glasfaseranbindung der Schulen im Landkreis beauftragt. Dabei wurde auch die Grund- und Mittelschule Wörth betrachtet. Derzeit ist sie mit einem Kupferanschluß an das Glasfasernetz des EZV angebunden. Die vertragliche Leistung beträgt 50 Mbit im Download, tatsächliche Probleme mit dem Anschluß wurden seitens der Schulleitung bislang nicht angesprochen.

Für eine vollständig über Glasfaser laufenden Anbindung der Schule an das Versorgungsnetz der TELEKOM würden Aufwendungen in Höhe von ca. 170.000 € zu erwarten sein. Bei einer Förderung von 90% der Kosten bis zu einer Höchstförderhöhe von 100.000 € beläuft sich der Eigenanteil der Stadt auf 70.000 €.

Stadtrat Scherf übergab der Verwaltung ein konkretes Angebot des EZV für eine Anbindung der Schule an das eigene Netz, welches sich als wesentlich wirtschaftlicher darstellt.

Der Bau- und Umweltausschuß beschloß, angesichts der unabweisbaren Pflichtaufgaben der Stadt dem Landratsamt zu signalisieren, daß seitens der Stadt kein Interesse an einer Anbindung an das Telekom-Netz besteht.

Die Verwaltung wurde beauftragt, zu prüfen, ob für das Angebot des EZV ebenfalls eine 90%ige Förderung möglich ist.

5. Erweiterung der Brandmeldeanlage in der Grund- und Mittelschule (Anbau)

Im Zuge der Generalsanierung der Grund- und Mittelschule wurde u.a. auch eine den heutigen Anforderungen entsprechende Brandmeldeanlage installiert. Diese fehlt jedoch im talseitigen Anbau ebenso wie eine Anbindung an das Lautsprecherdurchsagesystem der Schule.

Die Fa. Bretz & Hufer hat für die Nachrüstung ein Angebot vorgelegt, das mit brutto 27.010,98 € abschließt. Die Kosten sind angemessen.

Der Bau- und Umweltausschuß empfiehlt, die Maßnahme in den Haushaltsplan 2019 aufzunehmen. Vor einer Auftragsvergabe sollen jedoch Gegenangebote eingeholt werden.

6. Parkregelung in der Torfeldstraße

6.1 Einrichtung einer verkehrsberuhigten Zone

In der Stadtratssitzung am 20.02.2019 hatte Stadtrat Laumeister um Übermittlung des Beschlusses über die Einrichtung einer verkehrsberuhigten Zone in der Torfeldstraße gebeten. Die Verwaltung hat festgestellt, daß trotz mehrfacher Erörterung sowohl im Bau- und Umweltausschuß als auch im Stadtrat kein formeller Beschluß gefaßt wurde. Dies soll in der Stadtratssitzung am 20.03.2019 nachgeholt werden.

Der Bau- und Umweltausschuß empfiehlt, in der Torfeldstraße eine verkehrsberuhigte Zone einzurichten.

6.2 Parkmarkierung vor dem Anwesen Torfeldstraße 10a

In seiner Sitzung am 16.01.2019 hatte der Bau- und Umweltausschuß über einen Widerspruch gegen die vorgesehene Parkmarkierung in der Torfeldstraße beraten. Dabei wollte ein Anwohner sicherstellen, daß ein Ein- und Ausfahren mit seinem Wohnmobil jederzeit möglich ist. Aus Sicht der Verwaltung sind bei der Markierung nur übliche Fahrzeuggrößen zu berücksichtigen.

Die Polizeiinspektion Obernburg hat dazu auf Anfrage folgendes mitgeteilt:

„Der Stadt steht es natürlich frei, die Parkflächenmarkierungen nach eigenen Vorstellungen zu markieren. Trotzdem rate ich, hier in den Dialog mit den Hofbesitzern zu treten. Schlecht wäre es, wenn jemand dann bewusst und dauerhaft einen Parkplatz mit dem eigenen Fahrzeug blockiert, um dann am Wochenende z.B. mit seinem Traktor + Anhänger aus dem Hof ausfahren zu können.“

Die Verwaltung hat ermittelt, daß bei einer Berücksichtigung des Antrags möglicherweise ein Stellplatz im öffentlichen Bereich entfallen würde.

Der Bau- und Umweltausschuß beschloß nach kurzer Beratung, den Einwendungen des Anliegers nicht zu folgen. Eine Abstimmung unter den betroffenen Nachbarn für den Fall der Benutzung des Wohnmobils wird für zumutbar angesehen.

7. **Bekanntgaben**

Bgm. Fath gab folgendes bekannt:

- An der Friedhofsmauer wurde der vorhandene Efeubewuchs entfernt.
- Die Räumung der Kleingartenanlagen Almen ist abgeschlossen. Eine Nachverpachtung wird derzeit geprüft. Stadtrat Ferber regte an, dort eine Blumenwiese anzulegen. Bgm. Fath verwies auf die beabsichtigte Aufwertung der Grünflächen am Bahnhof und entlang der Bahnstraße.
- Auf dem Spiel- und Freizeitgelände am Galgen wurde eine Seite der Grillhütte durch Brandstiftung zerstört.

8. **Anfragen**

- Stadtrat Ferber regte an, die Grünfläche neben dem Bahnhof und die Freifläche zwischen Empfangsgebäude und Güterhalle zu veräußern. Bgm. Fath teilte dazu mit, daß für das zweitgenannte Grundstück Aussagen der Deutschen Bahn hinsichtlich einer Bahnquerung für Fußgänger und Radfahrer abgewartet werden sollten.
- Auf Anfrage von Stadtrat Gernhart teilte Bgm. Fath mit, daß der parallele Bauablauf bei der Erschließung des Industriegebietes Weidenhecken und der Fa. R+W zu Problemen geführt hat, die allerdings behoben werden konnten. Klärungsbedarf besteht noch für die Höhenangleichung im Bereich der Zufahrt der FA. Schork.
- Stadtrat Gernhart wies auf Mängel bei der Oberflächenentwässerung im Bereich Schifferstraße/Spessartstraße hin. Die Fa. Grümbel soll zur Nachbesserung aufgefordert werden. Stadtrat Hofmann regte an, hierfür nach einem Regenereignis eine Photodokumentation zu erstellen.
- Stadtrat Gernhart bat darum, in der Damendusche im Hallenbad eine Handbrause anzubringen, die für Kleinkinder besser geeignet wäre. Bgm. Fath sagte dies zu.
- Stadtrat Turan kritisierte erneut die mangelhafte Reinigung des Dols. Bgm. Fath sagte zu, den Sachverhalt zu überprüfen.
- Stadtrat Scherf regte an, die Grünfläche an der Ecke Bahnstraße/Frühlingstraße optisch aufzuwerten. Bgm. Fath teilte mit, daß dies für das Frühjahr vorgesehen ist.
- Stadtrat Hofmann wies auf größere Verunreinigungen in der Weberstraße hin. Der Sachverhalt soll überprüft werden.
- Stadtrat Hofmann kritisierte das verbotswidrige Parken von Lkw in der Münchner Straße und der Bayernstraße. Bgm. Fath verwies auf verstärkte Kontrollen durch die KVÜ auch in den Abendstunden und an den Wochenenden.
- Stadtrat Gernhart wies darauf hin, daß in der Rathausstraße ein Wohnmobil regelmäßig den Straßenquerschnitt übermäßig einengt. Auch hier verwies Bgm. Fath auf die KVÜ
- Stadtrat Siebentritt teilte mit, daß der Taxistand in der Landstraße wiederholt durch Privatfahrzeuge des Taxiunternehmens belegt ist.

Wörth a. Main, den 19.03.2019

A. Fath
Erster Bürgermeister

A. Englert
Protokollführer